

Arbeitspapier „Gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen und das BGE“

(Dr. Michael Berndt, 23.08.2015)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Präambel zur Charta der Vereinten Nationen

Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen... den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, ... haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.

Resolution der Vereinten Nationen: „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“

Artikel 1 Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 25 1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Artikel 26 1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung.

Artikel 27 1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

Charta der Grundrechte der europäischen Union

Artikel 1 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.

Artikel 3 (1) Jede Person hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit.

Artikel 14 (1) Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.

Artikel 24 (1) Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Sie können ihre Meinung frei äußern. Ihre Meinung wird in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt.

Artikel 25 Die Union erkennt undachtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

Artikel 31 (1) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen.

Artikel 34 (3) Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, erkennt undachtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, ...

Damit haben wir uns als Gesellschaft verpflichtet

**die Würde der Menschen zu schützen,
Kinder zu schützen und für sie zu sorgen,
soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen,
älteren Menschen ein würdiges und unabhängiges Leben zu sichern,
das Recht auf Bildung und Weiterbildung zu sichern,
jedem die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen,
für sichere und würdige Arbeitsbedingungen zu sorgen und
den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern.**

Das Bruttoinlandsprodukt als Grundlage gesellschaftspolitischer Entscheidungen?

Das BIP ermöglicht einen Vergleich über verschiedene Zeitperioden und zwischen verschiedenen Ländern, aber es

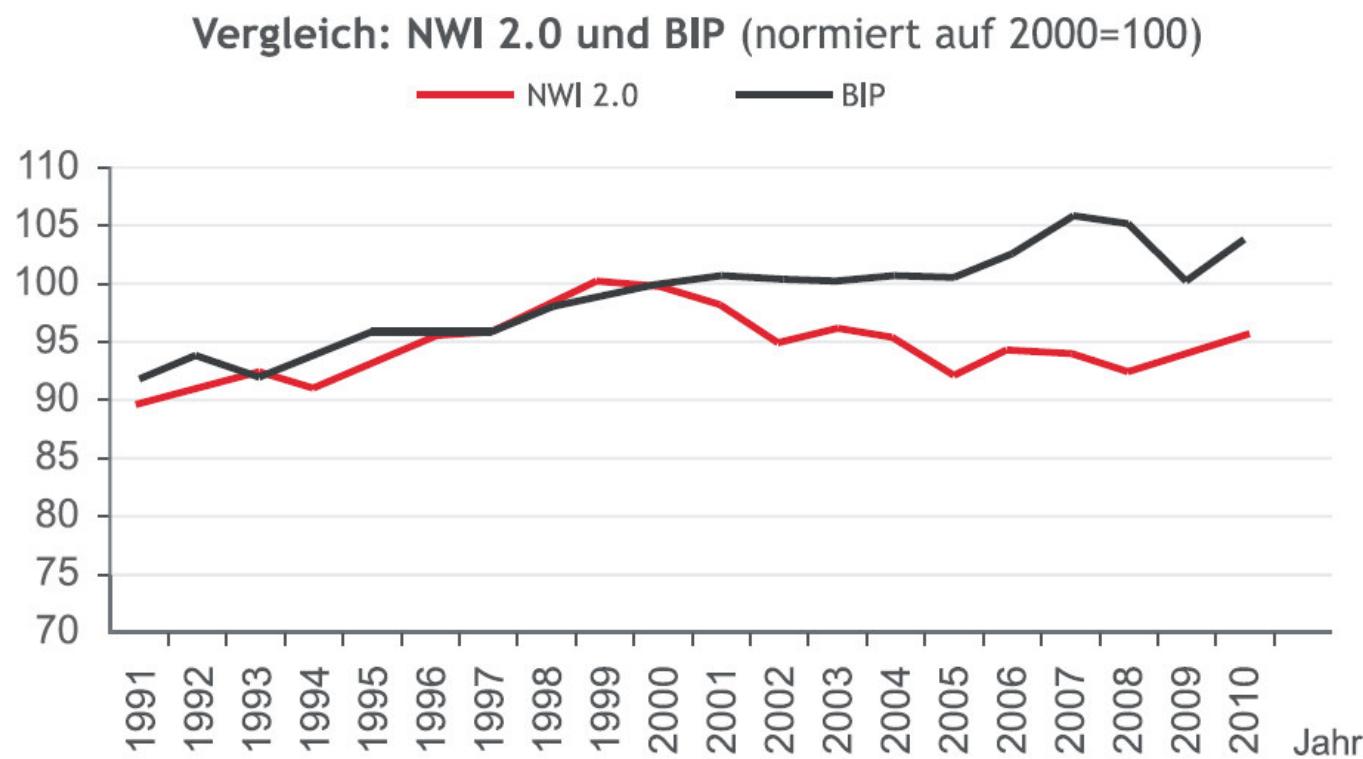
berücksichtigt nicht:

- Die gesellschaftliche Leistung der Nichterwerbstätigkeit
(z. B. Ehrenamt, private Haushalts- und Erziehungsleistung)
- Die jährliche Wertminderung der Infrastruktur
(z. B. Abnutzung von Straßen-, Brücken-, öffentlichen Gebäuden)
- Die zusätzlichen gesellschaftlichen Kosten durch Schadstoffeintrag
(z. B. Schadstoffemissionen von Industrieanlagen und Verkehr)
- den Verbrauch von Ressourcen
(den Abbau fossiler und mineralischer Rohstoffe)
- Den Umweltverbrauch
(z. B. Verlust von Boden und Verringerung der Artenvielfalt)
- Die zukünftigen Kosten durch heutige Ungerechtigkeiten
(z. B. fehlende Gleichstellung, Aufstocken des Lohnes/Gehaltes)
- Die Internalisierung von Kosten ins Ausland
• (Warenproduktion im Ausland unter geringeren Umwelt- und Sozialstandards)

Daher ist es als Grundlage für gesellschaftspolitische Entscheidungen nicht geeignet!

Der Nationale Wohlfahrtsindex

In die Berechnung fließen Komponenten ein, die Wohlfahrtsaspekte wie soziale Gerechtigkeit, unbezahlte gesellschaftliche Arbeit wie Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten, Umweltschäden und Ressourceninanspruchnahme zu erfassen suchen und die im BIP nicht berücksichtigt werden. Damit lenkt der NWI konzeptionell den Blick auf eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in Richtung eines auch ökologisch tragfähigen Wirtschaftens.



Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der wichtigste Gradmesser für die Leistung einer Volkswirtschaft. Es umfasst den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden.

Das BIP der Bundesrepublik berücksichtigt auch die Leistungen der Ausländer, die hierzulande arbeiten. Die Leistungen der Inländer, die im Ausland arbeiten, werden nicht erfasst.

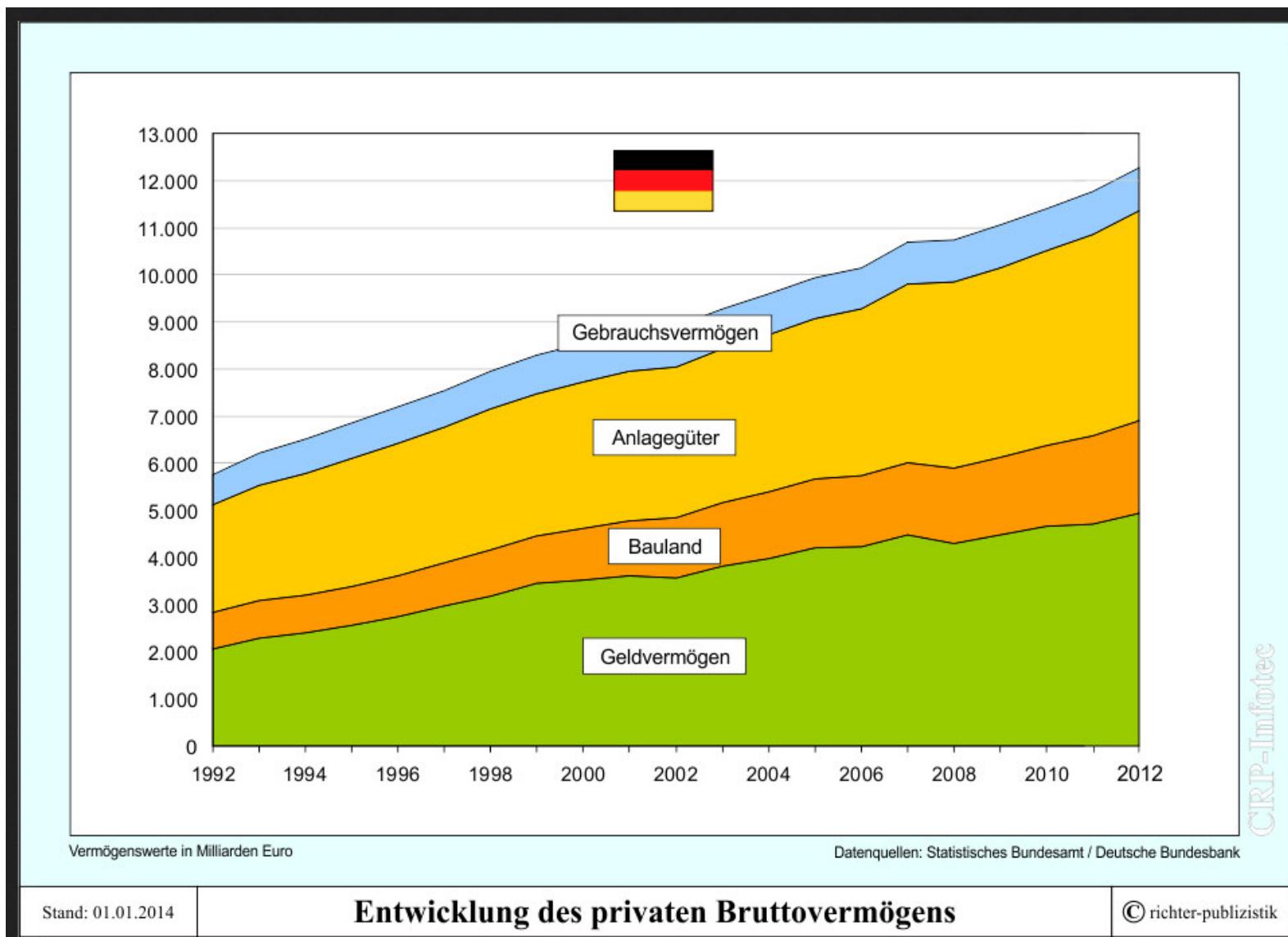
Nationaler Wohlfahrtsindex

Der Nationale Wohlfahrtsindex beruht auf der Annahme, dass die Kosten von Umweltzerstörungen oder negative gesellschaftliche Folgen wirtschaftlichen Handelns im Bruttoinlandsprodukt nicht berücksichtigt werden. Das BIP widerspricht laut der Studie "Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie - Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex" zahlreichen Nachhaltigkeitszielen. Dies betrifft beispielsweise den Konsum von Alkohol. Der NWI berücksichtigt zusätzliche Faktoren zur Messung des Wohlstandes. Dazu zählen beispielsweise Kosten durch Verkehrsunfälle, der Wert von ehrenamtlicher Arbeit, Schäden durch Boden- und Luftverschmutzung sowie Einschränkungen, die durch Lärm entstehen. Der Verwaltungswissenschaftler Roland Zieschank von der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin und der Ökonom Hans Diefenbacher von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg erstellten die Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums.

Wohlfahrtsmessung in Deutschland: <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/wohlfahrtsmessung-in-deutschland>

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/interviewolandzieschank100.html>

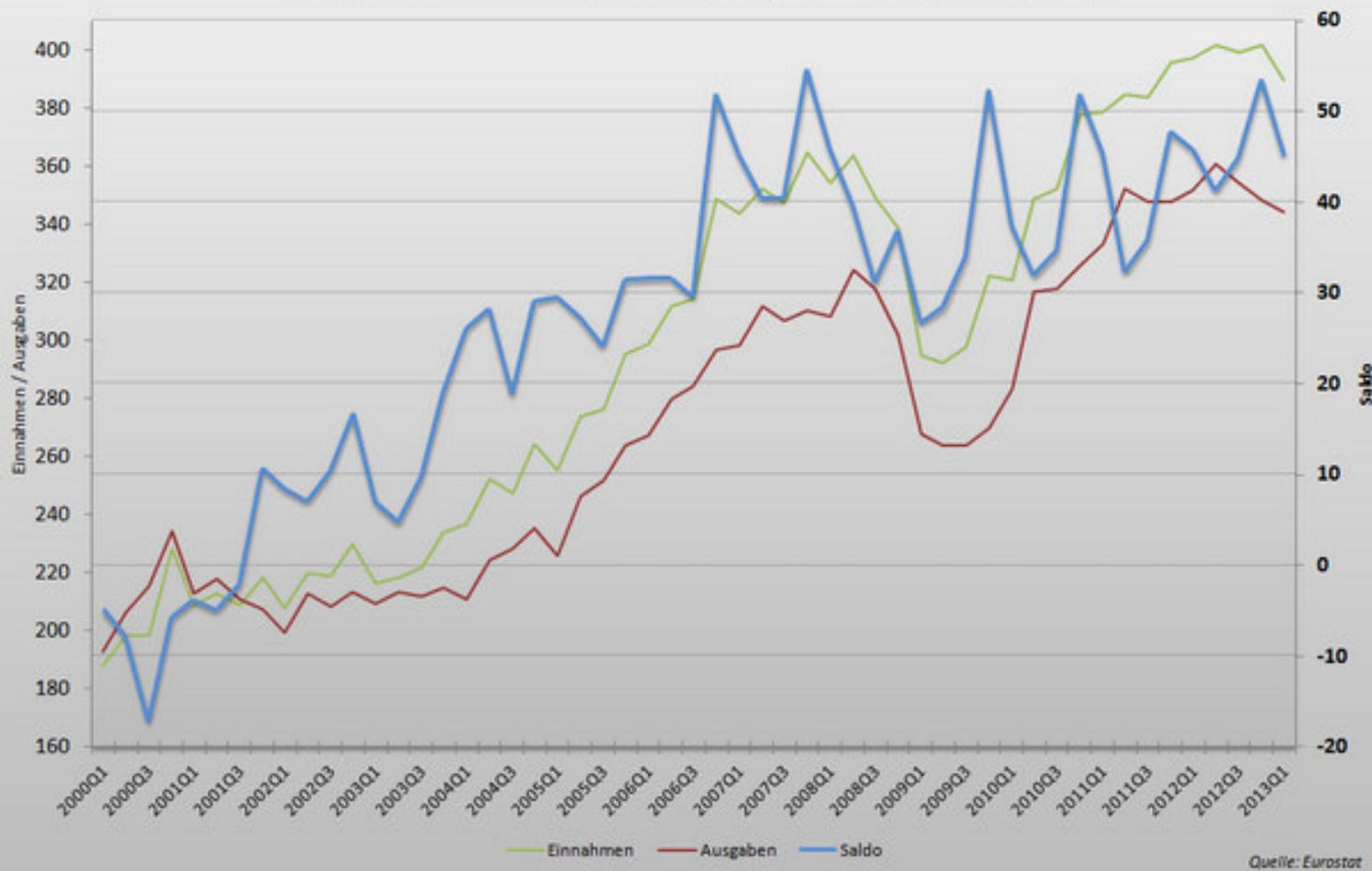
Gesellschaftliche Verwerfungen



Die Entwicklung der sog. „Staatsverschuldung“ in Deutschland

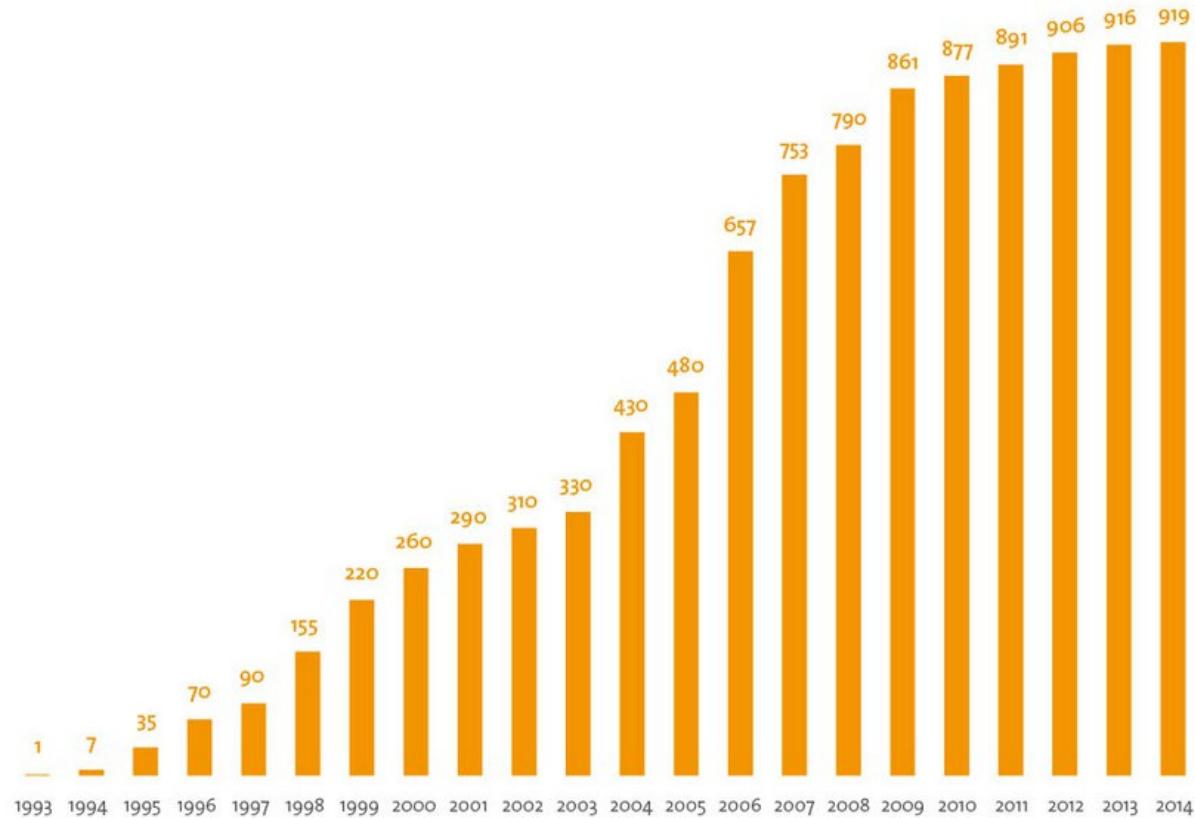


Deutschland : Handelsbilanz (in Milliarden Euro)



Zeitraum: Q1 2000 bis Q1 2013

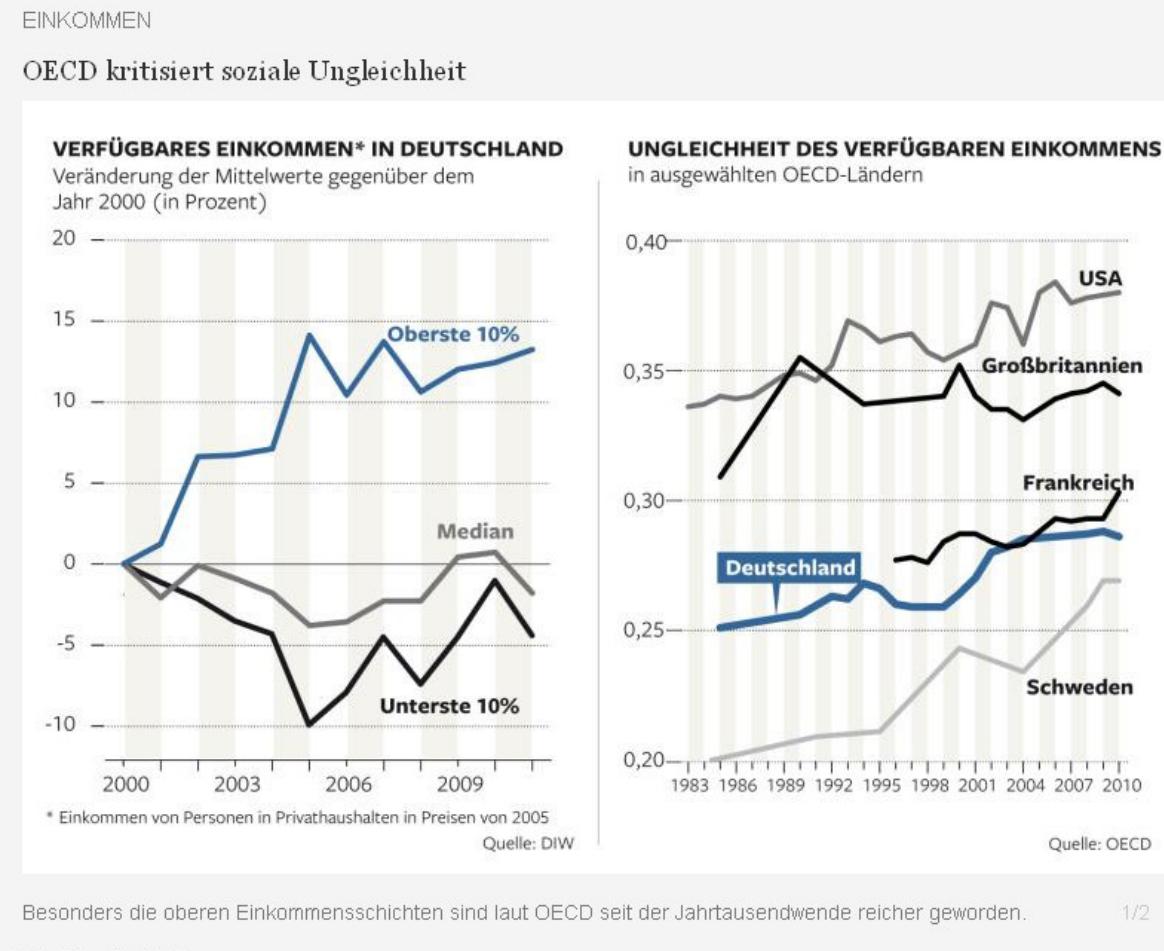
Tafeln in Deutschland



<http://www.tafel.de/die-tafeln/zahlen-fakten.html>

Die Einkommensschere

<http://www.welt.de/wirtschaft/article133975279/Altersarmut-wird-in-Deutschland-zum-Alltag.html>

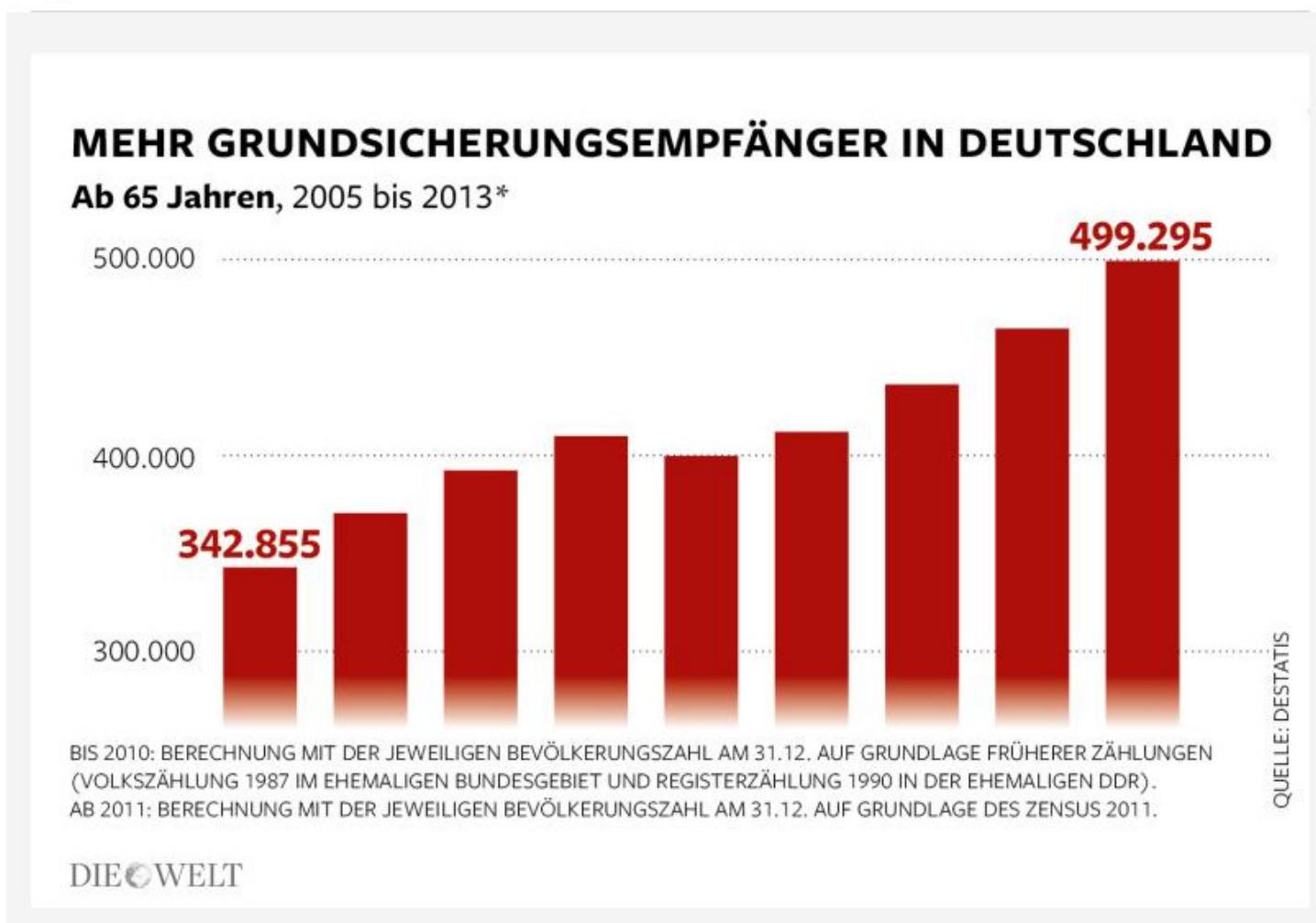


<http://politik-im-spiegel.de/hohe-einkommensungleichheit-in-deutschland/>

„Schaut man sich die Entwicklung seit dem Jahr 2000 an, so kann man eindeutig sagen, dass die Schere zwischen den ärmeren und reicherer Einkommensschichten auseinandergegangen ist.“ So fasst Mitautor Markus Grabka das Ergebnis einer aktuellen Studie über Einkommensungleichheit und Armutsrisiko in Deutschland zusammen.

Studie (DIW-Wochenbericht, 25, 2015): http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.508485.de/15-25.pdf

Armutsrentner in Deutschland



<http://www.welt.de/wirtschaft/article133975279/Altersarmut-wird-in-Deutschland-zum-Alltag.html>

Kinderarmut in Deutschland

<http://www.caritas.de/kampagne2012/fakten/armut-ist-keine-randerscheinung>

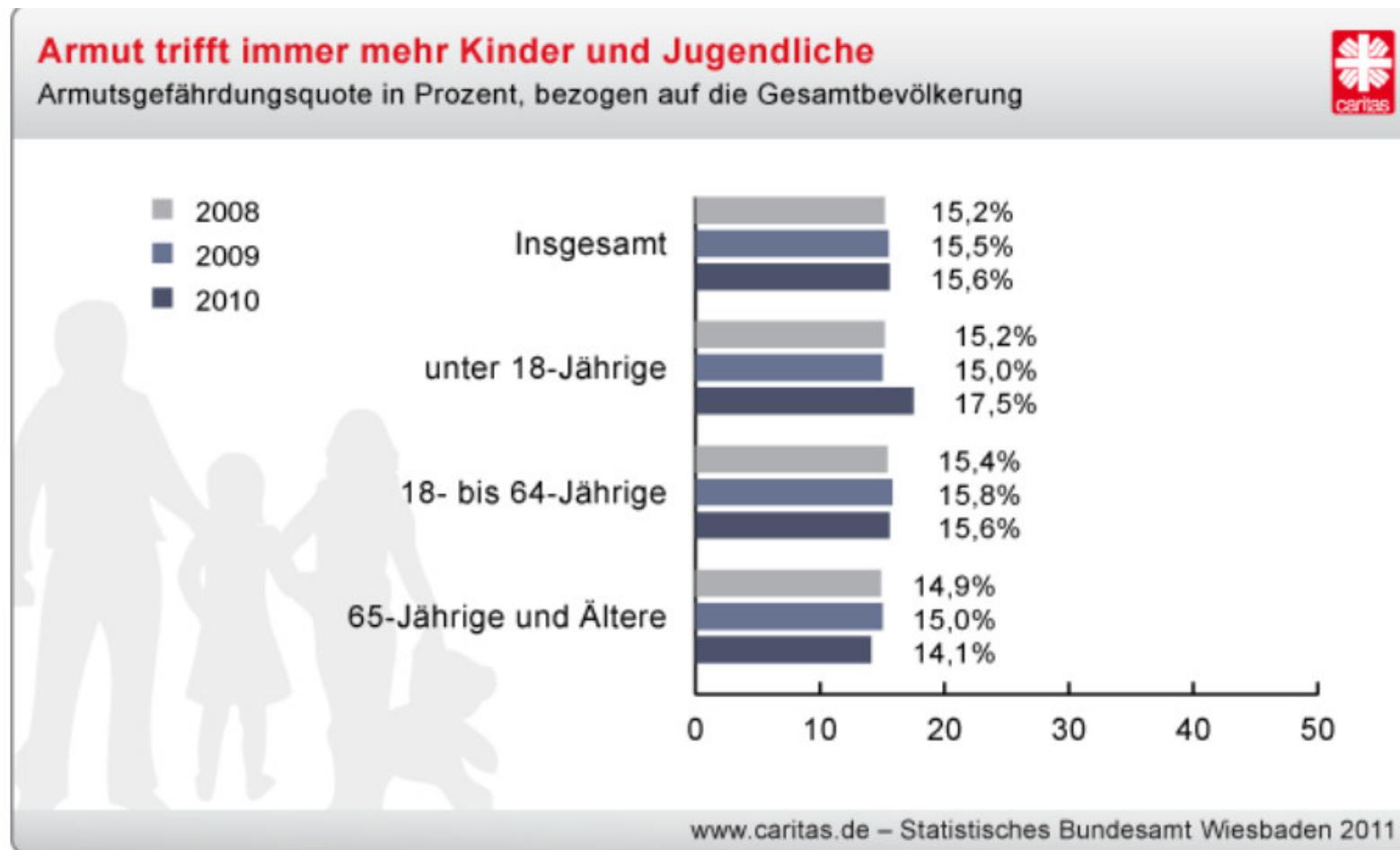
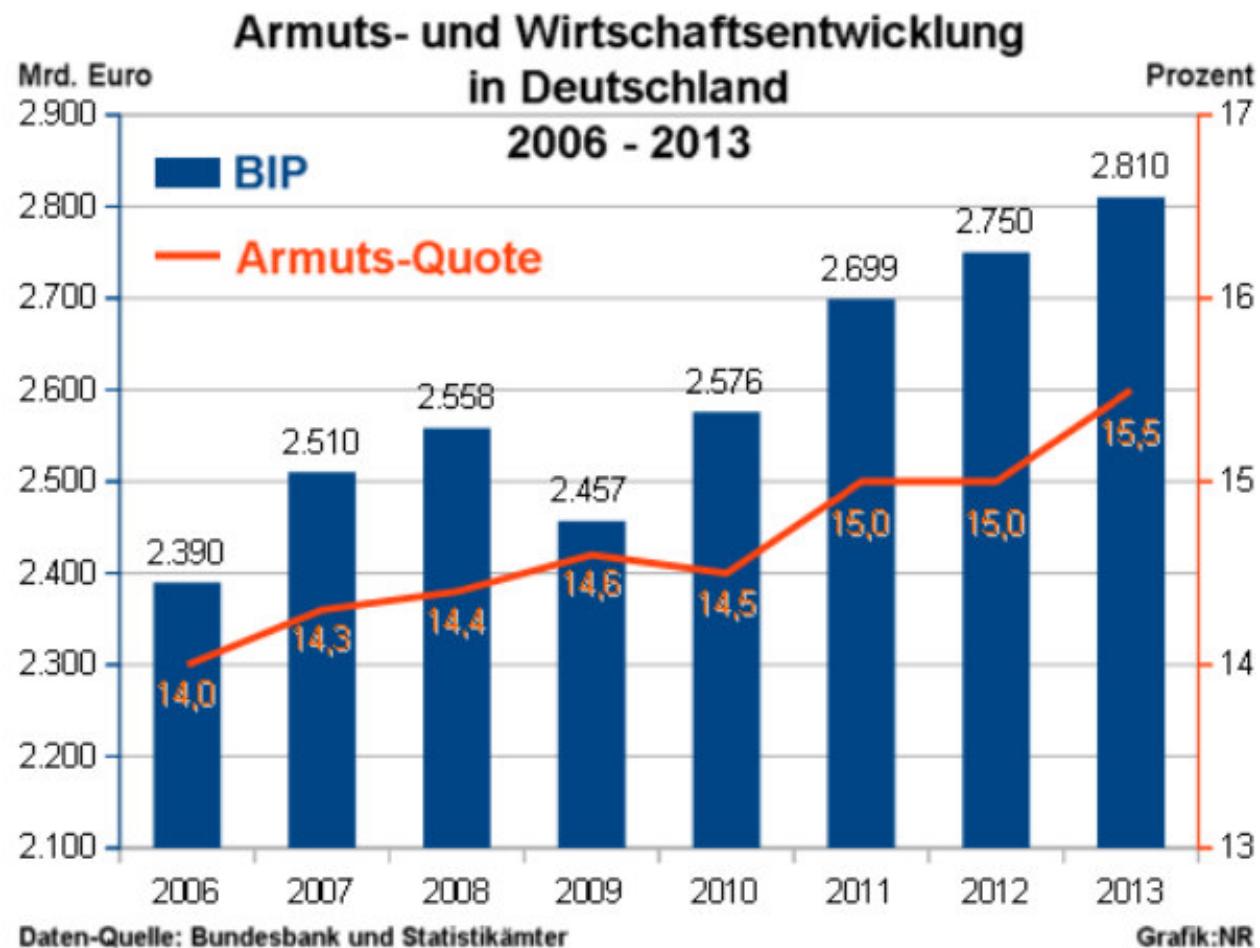


Bild 5 von 5

Während das Risiko in Armut zu leben bei Erwachsenen in den vergangenen Jahren nur langsam stieg, sprang die Quote bei Kindern und Jugendlichen um 2,5 auf 17,5 Prozent.

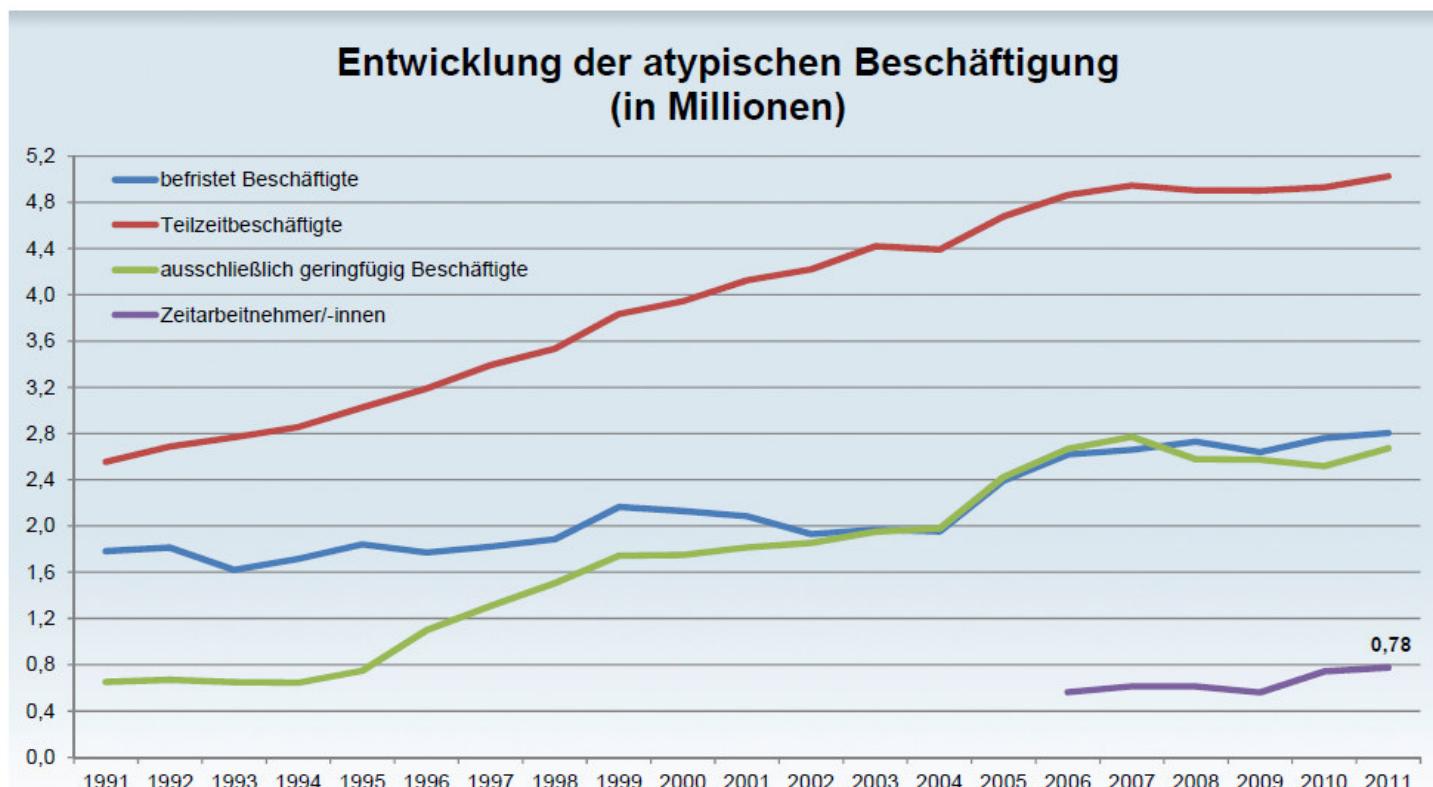
Armut und BIP

Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik <http://www.dbh-online.de/themen.php> und
<http://linkszeitung.de/oeksoz150219liz.html> (19.02.2015)



Atypisch Beschäftigte

http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/4-armuts-reichtumsbericht-2013-daten.pdf?__blob=publicationFile



Kernerwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren (ohne Personen in Bildung/Ausbildung, Zeit- und Berufssoldat/-innen, Grundwehr- und Zivildienstleistende). Teilzeit: Weniger als 21 Wochenstunden.

Hinweis: Enthält Doppelzählungen. Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Ein BGE beseitigt u. a.:

**die Tafeln in Deutschland
die Kinderarmut
die Altersarmut
prekäre Beschäftigungsverhältnisse
unzumutbare Arbeitsplätze**

Ein BGE verringert u. a.:

**die Zahl der Suchtabhängigen
die Anzahl von Straftaten**

Ein BGE erhöht u. a.:

**die Kulturelle Vielfalt
die Kreativität der Gesellschaft**